

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

23.3.1901 (No. 81)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Nr. 81. Unterlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsbeleghe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. März d. J. gnädigst bemogen gefunden, dem bisherigen Direktor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Obersten a. D. Alphons Castenholz in Karlsruhe, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. März d. J. gnädigst geruht, dem als Professor an das anatomische Institut der Universität Heidelberg berufenen Privatdozenten Dr. Hermann Braus den Charakter eines außerordentlichen Professors zu verleihen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 18. d. Mts. wurden die Postpraktikanten Hans Albrecht aus Thorn und Johann Diederichs aus Saarlouis zu Postsekretären ernannt.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion vom 16. März d. J. wurden die Finanzassistenten Josef Merklin bei dem Großh. Steuerkommissar für den Bezirk Meßkirch und Josef Reinholz bei dem Großh. Steuerkommissar für den Bezirk Lahr als Steuerkommissarassistenten etatmäßig angestellt.

Nicht-Ämtlicher Theil.

* Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen.

Die Verbündeten Regierungen halten in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Reichstanzlers in der Sitzung des Reichstags vom 24. Januar 1901 es nicht für angängig, mit der Aufbesserung der Bezüge der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen aus den bisherigen Kriegen noch länger zu warten. Diese Aufbesserung muß vielmehr als dringlich sofort in die Wege geleitet werden und die Verbündeten Regierungen glauben hierbei auch den Absichten des Reichstags um so mehr zu entsprechen, als von diesem selbst die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Maßnahme wiederholt einmüthig anerkannt worden ist.

Auch der Umstand, daß der hierdurch bedingte Mehraufwand ein erheblicher sein wird, kann für die alsbaldige Durchführung der einmal als notwendig und dringlich anerkannten Aufbesserung kein Hinderniß bilden. Es darf vielmehr vertraut werden, daß auch in der, zumal bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs nicht einfach gestalteten Frage der Deckung eine Verständigung über eine sachgemäße Regelung sich werde erzielen lassen. Für das Rechnungsjahr 1901 ist in § 23 die Entnahme der erforderlichen Deckungsmittel bis zum Betrage von 13 Millionen Mark aus den Kapitalbeständen des Reichsinvalidenfonds vorgesehen. Diese Art der Finanzierung läßt sich jedoch nur als vorübergehendes, durch die augenblickliche Sachlage bedingtes Auskunftsmittel rechtfertigen; denn nach der zum 30. Juni v. J. gemäß § 14 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 aufgestellten Bilanz, welche dem Reichstage demnächst zugehen wird, reichen die Kapitalbestände des genannten Fonds schon zur Erfüllung der ihm bisher auferlegten Leistungen nicht mehr vollständig aus. Inzwischen hat der Reichstag in zweiter Lesung des Etatsentwurfs für 1901 bereits eine Erhöhung der Beihilfen an Kriegsveteranen um 1 120 000 Mark jährlich beschlossen. Würden nun auch noch jene neuen Leistungen dem Fonds ohne anderweiten Ausgleich definitiv zur Last bleiben, so hätte dies ungeachtet der allmählichen Abnahme jener Leistungen zur sicheren Folge, daß die Kapitalbestände des Fonds, die nach ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung nur zur Sicherstellung der Ausgaben für die Versorgung der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen aus dem Kriege mit Frankreich dienen sollten, vorzeitig gänzlich erschöpft wären und daß dann unvermittelt und mit einem Male eine noch sehr erhebliche jährliche Pensionslast auf allgemeine Reichsfonds übernommen werden müßte. Aufgabe einer vorsichtigen Finanzpolitik wird es sein, einer solch bedenklichen Störung im Reichshaushalte, und zwar so weit erforderlich durch Erschließung weiterer Einnahmequellen des Reichs, vorzubeugen. Es ist nunmehr dem Reichstag ein Gesetzentwurf, betreffend die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen, zugegangen.

Nachdem der Gesetzentwurf für die Versorgung der Teilnehmer an der afrikanischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen vom Reichstag abgelehnt worden ist, erscheint es geboten, durch den jedoch dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf auch die Versorgung dieser Invaliden und ihrer Hinterbliebenen in gleicher Weise zu regeln, wie die der Invaliden aus früheren Kriegen. Ebenso erscheint es angezeigt, diejenigen Angehörigen der Säugetruppen, welche infolge kriegerischer Unternehmungen invalide geworden sind, in den Gesetzentwurf miteinzubeziehen und auch ihren Hinterbliebenen die Vortheile desselben zuzuwenden. Endlich soll, um die gesammte Kriegerversorgung dauernd einheitlich zu regeln, auch die Versorgung der Kriegsinvaliden und -Hinterbliebenen zukünftiger Kriege in dieses Gesetz eingeschlossen werden.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 21. März.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Staatssekretär Nieberding fährt aus: Die persönlichen Angriffe gegen den Minister Schönstedt, die nicht nach meinem Geschnack sind, will ich nicht weiter erwähnen. Dieser Theil der Rede des Abg. Heine war ein Meisterstück dessen, wie man einen Abwesenden angreifen kann. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Er kann ja hier sein.) Bezüglich Schmidt's hat Minister Schönstedt gesagt: Wenn die Darstellung Heine's richtig ist, so ist Schmidt, der ein sehr ehrenhafter Mann gewesen ist, auch ein sehr schwacher Mann gewesen. Die Behauptung, daß die Vertreter der Landesregierungen im Reichstage zu erscheinen hätten, ist unrichtig. Verpflichtet dazu ist nur der Reichstanzler und seine Vertreter und wir werden immer Rechenhaft ablegen, sobald wir uns über die vorgebrachten Sachen informieren haben. Dazu ist nöthig, daß man uns informiert. Es ist ja leicht für einen Abgeordneten, die verantwortlichen Vertreter der Regierung sium zu machen, weil sie den einzelnen Fall nicht gleich übersehen und dann billige Triumphe zu feiern. Der Sache wird aber damit nicht geieut.

Abg. Haase-Königsberg fährt einen Fall an, wo nach seiner Meinung Minister Schönstedt eine direkte Einwirkung auf die Richter ausgeübt hat.

Staatssekretär Nieberding erklärt: Die angeführten Thatsachen seien ihm nicht bekannt, er könne sich daher nicht darüber äußern.

Abg. Bedt-Coburg (freis. Volksp.) begründet die Resolution, wonach bei Beginn der neuen Session ein Gesetzentwurf vorzulegen ist, betreffend die Entschädigung derjenigen, welche mit Unrecht Untersuchungshaft erlitten.

Staatssekretär Nieberding bemerkt: Es handelt sich um ein Problem, das seit Jahrhunderten die Wissenschaft und Praxis in allen Kulturstaaten beschäftigt, und bisher nirgendwo geregelt worden ist. Trotz aller Sympathie, die man für den Gedanken haben muß, sei das Verlangen, einen solchen Gesetzentwurf bis zur nächsten Session fertigzustellen, unerfüllbar.

Abg. Heine (Soz.) erwidert auf die erste Rede Nieberding's und erklärt, er habe nicht behaupten wollen, daß der Kaiser durch die Justiz einen Druck auf die Beamten habe ausüben wollen.

Die Resolution Bedt wird einstimmig mit dem Amendement Spahn angenommen, wonach die Worte „bei Beginn der Session“ wegfallen.

Die Resolution Gröber betreffend Statistik der Begegnungen wird angenommen.

Damit ist der Reichstagsstatut erledigt.

Beim Etat des Reichsschatzamts erklärt auf eine Anfrage des Abg. v. Kardorff Staatssekretär v. Thielmann: Der Polltarif ist im Reichsschatzamt abgeschlossen und unterliegt gegenwärtig der gemeinsamen Beratung mit denjenigen anderen Ressorts des Reichs, welche wichtige Interessen, die im Polltarif berührt werden, zu vertreten haben. Die Beratung dauert bereits einige Wochen. Ich habe begründete Hoffnung, daß sie im Verlaufe dieses Monats abgeschlossen wird. Ob durch den Abschluß dieser Beratung alle zweifelhaften Punkte erledigt sein werden, kann ich nicht sagen. Hieran wird sich der mehrere Wochen beanspruchende Neubau des außerordentlich umfangreichen Werkes schließen.

Ich weiß also nicht, ob noch im Laufe des April das Werk dem Bundesrath und den Verbündeten Regierungen vorgelegt werden können. Wie lange es der Bundesrath beraten wird, bin ich zunächst nicht in der Lage, zu sagen.

Der Etat des Reichsschatzamts ist damit erledigt.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts kommt Abg. Stolle (Soz.) noch einmal auf den sogenannten preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg zu sprechen.

Präsident Schulz bemerkt, er habe der bei der zweiten Etatsberatung abgegebenen Erklärung des sächsischen Bundesrathsbedollmächtigten über den sogenannten Eisenbahnkrieg nichts hinzuzufügen.

Abg. Müller-Sagan spricht seinen Dank aus, daß der Eisenbahntarif für die Soldaten auf einen Pfennig herabgesetzt worden ist.

Beim Postetat kommt Abg. Gieseler (Pole) auf die Angelegenheit der polnischen Adressen zurück.

Staatssekretär v. Poddieleski erklärt: Die an den Postschaltern aufgelisteten Sachen werden, wenn eine sichere Besicherung nicht zu versprechen ist, sogleich zurückgewiesen. An den Uebersetzungsbüroen sollen nur diejenigen Adressen aufgeführt werden, die durch den Briefkasten übermittelbar werden. Schwer erkennbare Sachen werden künftig als unbestellbar behandelt.

Von einer Beborzung der Briefe zu sprechen, die deutscherseits aufgegeben werden, ist ein Ammenmärchen. Sollen wir an den einzelnen Briefen riechen, von wem sie herrühren? Ich habe etatsrechtlich keine Beamte für die Uebersetzungsbüroen. Der Dienst wird im Nebenamt versehen und die Beamten müssen wechseln. Ich habe die Pflicht, gute deutsche Postbeamte zu erziehen. Deshalb müssen die in Polen geborenen sich auch einmal eine andere Luft um die Nase gehen lassen, damit sie auch anderswo verwendbar sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Sagan erklärt Staatssekretär v. Poddieleski, die von der Budgetkommission gewünschte anderweitige Regelung der Gehaltslisten der Postassistenten zc. könne erst im nächstjährigen Etat vorgenommen werden. Was die Kurserläufe bei den Post-, Spar- und Verschubvereinen angeht, so wird die Verwaltung zusehen, daß den einzelnen Beamten kein Schaden erwachse.

Abg. Werner (Reformp.) erbittet Auskunft, ob England in dem telegraphischen Verkehr mit Deutschland besser behandelt werde als Deutschland selbst. Redner beschwert sich, daß die Wosffchen Telegramme ganz ungebührlich bevorzugt würden und bittet um Regelung des Urlaubs der Beamten und Aufhebung des Rauchverbots.

Staatssekretär v. Poddieleski bemerkt: In dem Depeschverkehr mit England wird in dem sogenannten Gegensprechbetrieb das Material auf beiden Seiten verarbeitet, wie es kommt und erleidet keine Störung. Anders verhält sich die Sache bei den Leitungen, wo nur von einer Seite telegraphirt werden kann. Da sind aus England mehr Depeschen nach Deutschland gekommen, als umgekehrt. Infolgedessen wünschten Vertreter des Handelsstandes, daß der Versuch gemacht werde, serienweise zu verfahren und den englischen Depeschen einen größeren Zeitraum zu lassen. In der Urlaubsfrage kommen wir den Beamten möglichst entgegen. Das Rauchverbot kann nicht abgeändert werden.

Der Postetat wird sodann angenommen.

Der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen wird nach einer Auseinandersetzung zwischen den Abg. Schlumberger (nat.-lib.) und Segitz (Soz.) angenommen.

Beim Etat der Bälle und Verbrauchsteuer befürwortet Abg. Horn-Goslar (nat.-lib.) eine Erhöhung des Papierzolles und weist die von dem Abg. Richter gegen die Papierindustrie bei der zweiten Beratung vorgebrachten Einwürfe zurück. Richter habe wieder nur die Geschäfte des Auslands besorgt.

Abg. Richter (freis. Volksp.) erbittet sich entschieden diese Verdächtigung. Die deutsche Papierindustrie bedürfe eines so hohen Schutzzolles nicht mehr. Die Erhöhung der Papierpreise betrage 35 bis 50 Proz., daher komme es auch, daß die Papierfabrikanten im letzten Jahre weit höhere Dividenden bekamen, als in den Vorjahren. Die Arbeiter erhielten aber keinen Pfennig Lohnhöhung.

Abg. Dabach (Centr.) schließt sich dem Abg. Richter an. Das Papiermonopol habe unerhörte Gewaltmaßregeln ergriffen, um die Papierpreise hochzutreiben.

Beim Etat Bankwesen bemerkt Abg. Trendt, durch den neuen Vertrag mit der Reichsbank sei das Reich schlechter gestellt als bisher. Hoffentlich würden bei Ablauf des Vertrages die Bedingungen verbessert und eine weitere Erhöhung des Bankkapitals bald erfolgen.

Reichsbankpräsident Koch bestrittet, daß der neue Vertrag das Reich ungünstiger stelle als die Reichsbankantheilseigner. Die Veröffentlichung des Verwaltungsberichts der Reichsbank solle möglichst beschleunigt werden.

Abg. Trendt verzichtet unter großem Beifall mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf eine Erwidernng.

Es folgt die Beratung des Gesetzes über Vernehmung über schafflicher Reichseinnahmen und des Etatsgesetzes.

Eine längere Debatte entsteht über den Antrag Müller-Fulda betreffend Schuldentilgung unter größerer Heranziehung der Einzelstaaten.

Im Laufe der Debatte sprachen sich Staatssekretär v. Thielmann und der bairische Bevollmächtigte Stengel gegen den Antrag aus. Letzterer bemerkt, die bairische Regierung sei der Ansicht, das Reich habe Mittel zur Schuldentilgung in seiner eigenen Steuerkraft. Die Einzelstaaten hätten mit der Tilgung ihrer Landeschulden gerade genug zu thun.

Auch Graf v. Posadowsky spricht sich gegen den Antrag aus.

Mehrere Redner empfehlen eine spätere Erledigung des Antrages.

Das Statgesetz wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in der Gesamtstimmung angenommen und auf Vorschlag Graf v. Ballestrem's die Beratung des Gesetzes über Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen sowie der restirenden Resolutionen einer späteren Verhandlung vorbehalten.

Nächste Sitzung den 16. April. Tagesordnung: Gesetzentwurf betreffend Versorgung der Kriegsinvaliden. Zweite Beratung des Urhebersrechts. (Val. Letartitel.) Glänzliche Opfer wünschend, schließt der Präsident die Sitzung.

Vatikanisches.

Z Rom, 20. März.

Die Verhandlungen im Palais Bourbon in Paris über das Vereinsgesetz gehen ihren geregelten Gang. Wenn man hier gehofft haben sollte, Minister Waldeck-Roussieu sei geneigt, sie zu verschleppen, so hätte man sich in einem großen Irrthum befunden. Nach dem Verlauf der Verhandlungen ist es ohne Zweifel sicher, daß das Gesetz sehr bald angenommen werden wird, trotz der heftigen Opposition der katholischen Partei und jener Liberalen, die aus

Prinzip jedem Zwang abhold sind und darum auch jede Beschränkung der Kirche verwerfen. Wenn erst die Regierungsvorlage zum Gesetz erhoben sein wird, wird man mit Interesse beobachten, wie es mit seiner Handhabung gehalten werden wird. In der Umgebung des Papstes glaubt man immer noch an einen modus vivendi, an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik hinsichtlich seiner Anwendung. Sollten aber auch diese Erwartungen sich ganz und gar nicht erfüllen, sollte das Gesetz in seiner ganzen Strenge durchgeführt werden, so ist doch die Ansicht mancher französischen Journale unwahrscheinlich, daß die römische Kurie zu Repressalien greifen würde, die sich schließlich gegen die Kirche selbst kehren dürften. Wenn eine belgische Zeitung schon glaubt ankündigen zu sollen, der Papst werde die große Exkommunikation über alle verhängen, die am Zustandekommen des Vereinsgesetzes Theil hatten oder Güter der Kongregationen käuflich erwerben würden, so kann man sagen, daß solche Maßnahmen wohl in Italien zur Anwendung kommen, daß sich aber der Heilige Stuhl zweimal befinden würde, ehe er sie in Frankreich trafe.

Das Gesetz wird ja ohne Zweifel die katholischen Interessen in Frankreich sehr schwer treffen, aber jedes vorläufige Eingreifen des Vatikan könnte verhängnisvoll werden, könnte die Aufhebung des Konkordates zur Folge haben und mit den geistlichen Orden zugleich den Weltklerus und die gesammte Kirche in eine gemeinsame Katastrophe stürzen. In solcher Weise zeigt sich die Republik für all' das Entgegenkommen dankbar, das Leo XIII. ihr seit Jahren auf allen Gebieten und bei jedem Anlaß bewiesen hat.

Daß aber der Vatikan keinen Bruch herbeiführen will, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß gerade in diesem Augenblick sich zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik ein Einvernehmen über die neu zu besetzenden acht Bischofsstühle vorbereitet. Bezüglich einiger soll es bereits hergestellt sein, so daß der Papst die Genugthuung hätte, im nächsten Konfistorium einige französische Bischöfe präconisiren zu können. Schließlich sind es in Frankreich nur die Nationalisten, die gemeinsam mit den Radikalen und Sozialisten einen Bruch zwischen Vatikan und Republik herbeiwünschen. Käme es dazu, so trafe aber gewiß nicht den Heiligen Stuhl der Vorwurf, ihn herbeigeführt zu haben.

Dem Gerücht, daß im nächsten Konfistorium der Bischof von Metz ernannt werden solle, wird hier in wohlunterrichteten Kreisen auf's Bestimmteste widersprochen. Es ist durchaus unrichtig, daß über die Person des zu Ernennenden zwischen dem Vatikan und der deutschen Reichsregierung eine Verständigung erzielt sei. Der Vatikan setzt nach wie vor dem Mgr. Jörn von Bulach sein non possumus entgegen, und da der Kaiser bisher keinem anderen Kandidaten seine Zustimmung erteilt hat, wird wohl der Stuhl von Metz noch lange Zeit erledigt bleiben. Der hartnäckige Widerstand des Heiligen Stuhles ist um so bemerkenswerther, da das Domkapitel von Metz, das anfänglich der Wahl des Mgr. Jörn von Bulach abgeneigt war, von dieser Haltung völlig zurückgekommen ist. Aber trotz aller veröhnlichen Gesinnungen der lothringischen Katholiken beharrt Kardinal Rampolla bei seinem Veto gegenüber einem Kandidaten, der in Berlin persona grata ist.

Hinsichtlich der Ernennung von Kardinalen haben sich mehrere kirchliche Zeitungen bündeln oder dazu mißbrauchen lassen, einige besonders fette Enten zu verbreiten. Sie wollten in Erfahrung gebracht haben, daß der Papst das gesetzlich feststehende Maximum der Stärke des Kardinalkollegiums von 70 auf 71 erhöhen und zu diesem Behufe statt 12 gleich 16 Kardinalen, darunter den Jesuitengenerale Martin ernennen wolle. Da sich über diese unglückliche Mähre alle vernünftigen Menschen lustig machten, welche wohl wissen, daß man von Leo XIII. Extravaganzen solcher Art unter keinen Umständen

den zu gewärtigen habe, behaupteten diese Blätter, von den Freimaurern auf's Eis geführt worden zu sein und verfluchten ihre Beschämung hinter einer Fluth von Schimpfreden über die Loge. Sie fanden aber — trotz der Neigung gewisser Kreise, alles Ueble den Freimaurern in die Schuhe zu schieben, — doch wenig Glauben und noch weniger Bedauern über ihren Hereinfall, den man Leuten herzlich gönnt, deren Leichtgläubigkeit sich genügend durch ihre jahrelange Ueberzeugung von der Existenz einer Diana Vaughan und des Teufels Bitru kompromittirt hat.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 22. März.

Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amelie zu Fürstenberg kehrte heute Früh nach Baden zurück.

Die Großherzoglichen Herrschaften brachten den heutigen Vormittag mit Ihren Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin von Sachsen-Weimar vereint zu bis gegen 11 Uhr. Hierauf besuchten Ihre Hoheiten noch Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin Sophie zur Lippe und begaben sich dann mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin zum Hauptbahnhof, von wo die Abreise nach Stuttgart 11 Uhr 42 Minuten erfolgte.

Der Vortrag des Ministers Dr. Buchenberger konnte heute nicht stattfinden, da der Minister schon einige Tage unwohl ist.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Nachmittags und Abends nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Majors von Schwerin und des Legationsraths Dr. Seyb entgegen.

Bei Postaufträgen nach Italien erfolgt die Einziehung des Betrags statt in minderwertigem italienischem Papiergeld in Metallgeld, wenn der Absender es durch einen der Vermerke: payable en or, en argent, en monnaie metallique oder en numeraire außer auf dem Postauftrag auch auf dem einzuliefernden Papier (Wechsel, Duitung u. s. w.) besonders verlangt hat.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großherzoglichen Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt. Wie wir schon erfahren, wird Herr J. B. Widmann aus Bern Samstag den 23. hier eintreffen, um der Eröffnung seines Lustspiels „Hjander's Mädchen“ an diesem Abend persönlich anzuwohnen. Am Sonntag den 24. März wird wegen andauernder Unpäßlichkeit von Benita Fasbender statt „Dom Sebastian“, „Romeo und Julie“ gegeben werden; die für diesen Tag gelösten Eintrittskarten, welche zu „Romeo und Julie“ nicht benutzt werden wollen, sind spätestens am Sonntag bis Nachmittags 1 Uhr zurückzugeben, weil sie nur für Sonntag Gültigkeit haben.

Die Wohlthätigkeitskonzerte der Niederhaller Karlsruher. Die „Niederhaller“ hatten gestern ihre schöne Gesangs- und Instrumentalmusik in dankenswerther Weise in der Wohlthätigkeit gestellt. Das künstlerisch wohlgeleitete Konzert im großen Saal der Festhalle, an dem als Solisten die Konzertsängerin Fräulein Schmeider, Suitgart und der Großherzogliche Hofkapellmeister Schilling mitwirkten, war zum Besten der Ferienkolonien bedürftiger Schulkinder dieser Stadt bestimmt, es dürfte aber leider keinen sehr glänzenden, pekuniären Erfolg aufzuweisen haben, da besonders die Abtheilung der Saalplätze nur schwach besetzt war. Der oft bewährte Wohlthätigkeitskonzert der Einwohner unserer Residenz ist in letzter Zeit, namentlich durch das Künstlerfest, etwas stark in Anspruch genommen worden, so war der Rückschlag begreiflich, bedauerlich ist aber, daß er gerade anlässlich einer Veranstaltung eintrat, deren Zweck bestimmt war, den armen Kleinen die segensvollen Einwirkungen der freien Natur auf Seele und Leib zu vermitteln. Doch soll deshalb der den Mitwirkenden gebührende Dank nicht geschmälert werden, und wir hoffen, daß immerhin noch ein namhafter Betrag den Ferienkolonien zugute kommen wird. Das Konzert wurde durch einen von Herrn Karl Dollmann als Verleser des Programms und durch den in poetischer Form den Wohlthätigen Zweck bezeichnende, der Männerchor der „Niederhaller“ sang unter Leitung des Herrn Konzertmeisters Karl Beines mit besonderer Reinheit im Zusammenhang und schönem kraftvollem Ausdruck ernst und heiter gesungene Chöre, darunter Hegar's „Kaiser Karl in der Johannisnacht“ und „Rudolf von Werdenberg“, Schubert's „Eindenbaum“, die Volksweise „Die beiden

Königsfinder“, „Meber's Jahr“ u. a. Fräulein Schmeider sang mit ihrer umfangreichen wohlklingenden Stimme in ihrer passend gewählte Lieber, wobei sie sich in Lotti's „Ave Maria“ und „Was ist Liebe“ von Ganz durch schönen ausdrucksvollen Vortrag ganz besonders auszeichnete und sehr warmen Beifall fand. Das Gesangsstück des Herrn Schilling hand gleichfalls auf voller künstlerischer Höhe. Er brachte mit oft gerühmter Virtuosität das Konzert A-moll op. 33 von Saint-Saëns und u. a. Popper's „Tarantella“ sowie Schubert's „Wiegenlied“ zu schöner Wirkung. Den Schluß des sehr dankbar aufgenommenen Konzerts bildeten wieder Vorträge des Männerchors. Seine Königliche Hoheit der Großherzog und Seine Hoheit Prinz Hermann von Sachsen-Weimar wohnten dem Konzert bei und zeichneten zum Schluß die Solisten, sowie den Vereinsvorstand durch huldvolle anerkennende Ansprachen aus.

(Der langjährige Archivar der Ersten Kammer der Landstände, Herr Oberrechnungs Rath Ludwig Bauer) vollendet morgen (23. März) sein siebenzigstes Lebensjahr bei seltener geistiger Frische und körperlicher Rüstigkeit.

B.N. Heibelberg, 21. März. Welpert hat, wie das Heibelb. Tagbl. hört, durch seine Vertheilung Fräulein und Dr. Schottler gegen das von der Strafkammer gefällte Urtheil Revision eingelegt.

Seibelberg, 21. März. Infolge der demnächst beginnenden Sicherungsarbeiten an der alten Brücke muß dieselbe für den Verkehr gesperrt werden.

Bruchsal, 21. März. Laut Voranschlag für das Jahr 1901 stehen den Gesamteinnahmen im Betrage von 227 986 M. an Ausgaben 420 387 M. gegenüber, so daß 192 401 M. durch Umlage (46 Pf.) zu decken sind. Die Steuerkapitalien haben sich im Laufe des Jahres 1900 von 43 683 000 M. auf 45 660 000 M. vermehrt. Der Ertrag der Verbrauchssteuer ist für das laufende Jahr auf 32 000 M. veranschlagt.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 22. März. Ein Telegramm Ritchener's aus Pretoria von gestern meldet: General B. Botha, ein Bruder des Generalkommandanten Botha, ist auf dem Daarberg gefallen; seine Söhne wurden verwundet. Die Buren in der Dranjerikolonie sind zerstreut. Dewet ist in der Nähe von Heilbron.

London, 22. März. „Daily Chronicle“ zufolge war das Haupthinderniß des Abschlusses der Verhandlungen zwischen Ritchener und Botha, daß ersterer es ablehnte, den Hauptteil der Aufständischen im Kap einen vollständigen Waffenstillstand zu bewilligen. Die hauptsächlichsten angebotenen Bedingungen sind folgende: Eine den beiden früheren Republikern bewilligte Autonomie wie sie auf Jamaica besteht, die unmittelbar nach dem Aufhören der Feindseligkeiten eintreten sollte. Die gesetzgebenden Körperschaften sollen zusammengeführt werden aus einer bestimmten Zahl von Mitgliedern, die theils von der Reichsregierung bezeichnet, theils von den Burghern erwählt werden mit einem Vertreter der Krone an der Spitze eines jeden Staates. Die Reichsregierung würde eine Million Pfund Sterling bewilligen für das zerstörte Eigenthum, sowie Anleihen zu niedrigem Zinsfuß, die die Farmen in Stand zu setzen. Was die Erziehung angeht, so wird die Wahl, ob dieselbe eine englische oder holländische sein soll, den Eltern überlassen. Kein Burgher soll ohne besondere Genehmigung ein Gewehr besitzen dürfen. Die Frage der Behandlung der Eingeborenen rief große Schwierigkeiten hervor. Botha widerlegte sich stark der Forderung, daß die Eingeborenen, welche einen dauernden und festen Wohnsitz innehaben, in die Listen einzutragen sind, die die vollen Bürgerrechte verleihen.

London, 22. März. Dem Parlament sind die Schriftstücke über die Friedensverhandlungen mit den Buren nunmehr zugegangen. Darnach sind die von Botha abgelehnten Bedingungen folgende: Sobald sich alle Burenstreitkräfte ergeben, gewährt England in den Kolonien Transvaal und Dranje eine Amnestie. Gegen die Engländer indessen, welche aus Natal oder der Kapkolonie stammen, soll nach den in diesen Kolonien während des Krieges zur Anwendung gelangten Aus-

„Hjander's Mädchen“. — „Der geschwähige Barbier“.

Zur bevorstehenden Aufführung der beiden Stücke am 23. März.

Das einaktige historische Lustspiel „Hjander's Mädchen“, das am Samstag den 23. d. M. erstmals in Karlsruhe zur Aufführung gelangen wird, behandelt einen Stoff aus dem klassischen Alterthum, es spielt im Jahr 404 v. Chr. zu Sparta, kurz nach Beendigung des peloponnesischen Krieges. Im Mittelpunkt des Stückes steht die historische Gestalt des spartanischen Feldherrn und Staatsmannes Lysander, dem seine Vaterstadt die endgültige Niederwerfung Athens und damit die Beendigung des peloponnesischen Krieges zu danken hatte. Die Grundzüge der Handlung sind einigen stichhaltigen Angaben in Plutarch's Lebensbeschreibung von Lysander entnommen. Den eigentlichen Mittelpunkt der Handlung bildet die Intrigue der Athenerin Melitta, die als Gefangene im Hause Lysander's verweilt und die es durch ihre Klugheit zu Stande bringt, daß die beiden ihrer Obhut anvertrauten Töchter Lysander's die durch den Tyrannen Dionys von Syrakus als Geschenk an sie gesandten Prachtkleider zurückweisen und dadurch den in's Wanken gerathenen Ruf altspartanischer Einfachheit und Tugendstrenge in glänzender Weise retten. Im Gegensatz zu den beiden spartanischen Mädchen vertritt sich in Melitta und dem Athener Philosophen Sokrates die geistige Ueberlegenheit der hochragenden attischen Kultur. Widmann's lebenswirdiges und fein gearbeitetes Lustspiel ist zusammen mit desselben Verfassers antikem Trauerspiel „Denone“ kürzlich im Buchhandel erschienen unter dem Gesamttitel „Moderne Antiken“; ein Titel, der insofern bezeichnend ist, als die ganze Behandlung des der antiken Welt entnommenen Vorwurfs, durch die frische und feste Behandlung der anmuthigen Bersprache, ausgesprochen moderne Färbung trägt.

Der Autor dieses Lustspiels, der bekannte Schweizer Dichter Josef Victor Widmann (geboren am 20. Februar 1842) hat sich durch zahlreiche werthvolle dichterische Arbeiten auf dramatischem, novellistischem und feuilletonistischem Gebiete einen ehrenvollen Namen in unserer Literatur erworben und lebt gegenwärtig als Redakteur des „Bund“ in Bern. Unter den Veröffentlichungen des Dichters aus den letzten Jahren seien namentlich seine mit großem Beifall ausgenommene „Mailäfer-

tomödie“ (1897) und seine anziehenden Erinnerungen an den mit ihm eng befreundeten Joh. Brahms (1898) neben vielem anderen hervorgehoben. Dem Karlsruher Theaterpublikum ist Widmann als Verfasser des Librettos zu der beliebtesten Oper „Der Widerpenitigen Böhmung“ in Erinnerung.

Zusammen mit dem Lustspiel Widmann's wird eine ältere, in gewissem Sinne klassische Komödie des dänischen Lustspielbüchlers Holberg, „Meister Gert Westphaler“ oder „Der geschwähige Barbier“ neu einstudirt in Scene gehen. Ludwig Holberg, der dänische Moliere, wie man den Dichter nicht mit Unrecht zu nennen pflegte, wurde geboren am 13. Dezember 1684 zu Bergen in Norwegen und starb zu Kopenhagen am 28. Januar 1754. Unter den zahlreicheren Komödien, die der vielseitige, weitgeresehrte Gelehrte und Dichter der dänischen Bühne namentlich in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts schenkte, sind als die bekanntesten, „Der politische Kammergänger“, „Jeppe vom Berge“ (das vielbehandelte Thema des in einem Prinzen verwandten Bauern), „Der geschwähige Barbier“, „Die Wochensünder“, „Alles von Tabaca“ und „Der Geschäftige“ hervorzuheben. Holberg legte sich in den Stoffen zu seinen Komödien fast durchweg älteren Vorbildern an, in ganz besonderem Maße an Moliere, der einen bestimmenden Einfluß auf die Werke des dänischen Dichters ausübte. Doch wußte er in den besten seiner Komödien diesen Vorbildern durch den Schemel seiner eigenen, selbständigen Individualität aufzubrechen und dieselben durch die Fülle der darin niedergelegten Beobachtungen, durch seine unwiderrlich komische und zugleich satirische Begabung zu dichterischen Kulturbildern von unergänglichem Werthe zu gestalten.

Auf der deutschen Bühne fanden die Komödien Holberg's namentlich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts reiche Pflege und übten u. a. auf den jungen Lessing einen deutlich nachweisbaren Einfluß. Auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fristete Holberg sein Dasein auf dem deutschen Theater in zahlreichen Nach- und Umdichtungen Holberg'scher Stoffe durch Kogelne, der in der geschickten Ausplünderung dieses Dichters wahrhaft Erstarrungslustete.

Es ist ein Verdienst von Eduard Devrient, des ehemaligen Generaldirektors der Karlsruher Hofbühne, dem

echten Holberg die Pforten des deutschen Theaters wieder erschlossen zu haben durch die Bearbeitung und Aufführung, welche die beiden Lustspiele „Der geschwähige Barbier“ und „Der Geschäftige“ unter seiner Direktionsführung fanden. „Der geschwähige Barbier“ (erstmals gespielt zu Kopenhagen 1729) war Holberg's Lieblingsstück und nimmt nach dem Urtheil von Julius Hoffdort, der mit Paul Schletter zusammen 1888 eine Neuausgabe der beiden Holberg'schen Stücke veranstaltete, nicht nur in technischer Hinsicht den höchsten Rang unter Holberg's Komödien ein, sondern ist auch stofflich eine seiner originalsten Schöpfungen. Ist der „Barbier“ gleich weniger ein nationales Kulturbild, als vielmehr ein allgemein gültiges menschliches Charaktergemälde, so zeigt doch auch dieses Stück einheimische Lokalprägung und in den Ausfällen gegen Juristerei, gegen die mediocris Besessenen u. a. die bei Holberg selten fehlenden satirischen Elemente.

„Der geschwähige Barbier“ wurde in der Bearbeitung von Eduard Devrient, mit Rudolf Lange in der Titelrolle, erstmals zu Karlsruhe aufgeführt am 21. Februar 1860. In den achtziger Jahren erschien das Stück zu Leipzig, wo Karl Sonntag sich durch die Titelrolle angezogen fühlte, und 1893 wurde die Komödie am Berliner Schauspielhaus in einer neuen Bearbeitung des jetzigen Burgtheaterdirektors Schletter aufgeführt.

Der bevorstehenden Neuauführung des „geschwähigen Barbiers“ am Karlsruher Hoftheater wird, wie früher die Devrient'sche Bearbeitung, die im Gegensatz zu Schletter's Einrichtung einige sehr gelungene, dort fehlenden Szenen aus der ersten fünfaktigen Fassung des Originals beibehält, zu Grunde liegen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 23. März. Ab. 8. (Kleine Preise.) Zum erstenmal: „Hjander's Mädchen“, historisches Lustspiel in 1 Akt von J. V. Widmann. — Neu einstudirt: „Der geschwähige Barbier“, Lustspiel in 1 Akt v. Holberg. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Eduard Devrient. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

nahmegesehen verfahren werden. Die auf St. Helena, Ceplon u. befindlichen Buren sollen in die Heimath zurückbefördert werden. Die jetzige Militärverwaltung soll durch eine Verwaltung als Kronkolonie ersetzt werden. Ferner soll in weitestem Maße die Selbstregierung zugelassen werden. Eigentum und Besitz öffentlicher Gesellschaften, sowie Fonds für die Waisen sollen respektiert werden. Die englische und holländische Sprache sollen in gleicher Weise zur Anwendung gelangen. Die englische Regierung kann nicht verantwortlich gemacht werden für die Schulden, welche die letzte republikanische Verwaltung gemacht hat. Sie ist aber bereit, eine Summe von nicht über eine Million Pfund zur Deckung von Schadenersatzansprüchen seitens der Buren zu bewilligen. Den Farmern soll für ihre Verluste im Kriege Beistand durch eine Anleihe gewährt werden. Kriegsteuern sollen die Farmer nicht bezahlen. Diejenigen Bürger, welche des Schutzes der Waffen bedürfen, sollen durch Erlaubnisfchein und Eintragen in die Liste Waffen tragen dürfen. Den Kaffern soll in beschränktem Maße Stimmmrecht gewährt werden. Die gegenseitige Stellung der Farbigen soll in ähnlicher Weise geregelt werden, wie in der Kapkolonie.

Die Vorgänge in China.

Der englisch-russische Zwischenfall.

London, 21. März. Oberhaus. Spencer fragt Lansdowne, ob er dem Hause hinsichtlich des Streitfalls in Tientsin eine Mitteilung zu machen habe. Lansdowne weist in seiner Antwort darauf hin, daß sich der englisch-russische Streitfall auf ein ziemlich ausgedehntes Stück Land auf dem linken Ufer des Jaluß in der Provinz Jehol auf dem russischen Gebiet, und als ihnen durch alleinige Eroberung gehörig, in Anspruch genommen werde. Die englische Regierung wurde später benachrichtigt, daß zwischen der chinesischen Regierung und den russischen Militärbehörden ein Abkommen getroffen, wonach dieses Landestück von den Russen zu besetzen sei. Das Gebiet umfaßt einige Städte Land, die als der Verwaltung der chinesischen Nordbahn gehörig betrachtet wurden und deshalb ein Teil der Sicherheit der an dieser Linie interessierten englischen Bondholders bildeten. Die Vinte bildete einen Teil der Eisenbahn, die ursprünglich von russischen Truppen besetzt war, wovon aber längst eine Strecke von den russischen Militärbehörden an Waldersee und von diesem an die englischen Behörden übergeben wurde, die seitdem an dieser Strecke arbeiten liegen. Es scheint, daß es für die Bequemlichkeit der verbündeten Truppen für nötig erachtet wurde, auf dem von mir bezeichneten reservierten Stück Land eine Ausweichstelle zu bauen. Wir erfragen, daß die Anwesenheit britischer Arbeiterabteilungen auf dem Plage von den russischen Militärbehörden als widerrechtliches Betreten russischen Bodens angesehen wurde. Dann wurde behauptet, daß unsere Leute die russischen Grenzzeichen entfernt und dadurch die russische Flagge beschimpft hätten. Wir telegraphierten deshalb am 16. März an die englischen Behörden in China, daß nach unserer Meinung die Frage, ob die russischen oder die englischen Truppen berechtigt seien, gewisse streitige Punkte zu besetzen, am angemessensten von Waldersee als Oberkommandierenden entschieden werden könnte. Wir wiesen Gafelle an, Waldersee zu ersuchen, die augenblicklichen, zwischen den englischen und russischen Militärbehörden entstandenen Differenzen zu regeln, indem wir dabei die Frage der Gültigkeit der Konzeption und der beanspruchten Eigentumsrechte einer späteren Prüfung vorbehalten. Gafelle wurde ferner angewiesen, sich hinsichtlich der Anwendung von Gewalt zu enthalten, es sei denn zur Abwehrung eines Angriffs. Da sich gestern der Zwischenfall betreffs Entfernung der russischen Grenzzeichen wiederholt haben soll, wurde unser Vertreter in Peking wieder dahin instruiert, daß, da behauptet würde, englische Truppen drängen in russisches Territorium ein und entfernten russische Grenzzeichen, die englische Regierung bereit sei, die Angelegenheit Waldersee oder einem von ihm beauftragten Vertreter einer Verständigung zu ernennen. Kommissar zu überweisen und daß, wenn sich ergebe, daß eine von beiden Seiten sich Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließ, diese Seite eine angemessene Beugung thun geben soll. Wir fügten hinzu, daß nach unserer Meinung der Bau einer Ausweichstelle, die wir von Wichtigkeit für die verbündeten Truppen hielten, fortgesetzt werden solle, jedoch unter den von Waldersee zu bestimmenden Bedingungen. Es freut mich, mitteilen zu können, daß wir heute früh von dem englischen Botschafter in Petersburg erfragen, Graf Lamsdorff hätte ihn ersucht, unverzüglich der englischen Regierung vorzuschlagen, daß alle auf Prüfung der Eigentumsrechte bezüglichen Fragen der Prüfung der beiden Regierungen vorbehalten bleiben, daß wir inzwischen gleichzeitig zur Vermeidung etwaiger Zwischenfälle Befehl zur Zurückziehung der Truppen von den streitigen Punkten ertheilte. Lamsdorff fügte hinzu, der russische Kriegsminister ertheilte ausführliche Instruktion in diesem Sinne telegraphisch, wenn die englische Regierung dem Vorschlag zustimme. Redner drückte schließlich den Wunsch aus, jeden Grund zu einer Fiktion zu vermeiden. (Beifall.) Lansdowne schließt: Wir telegraphierten sofort unsere völlige Zustimmung zu den Anträgen Lamsdorffs, umfomehr als diese sich in vollkommener Uebereinstimmung mit den bereits von uns ausgedrückten Ansichten befanden. Wir wiesen unsere Militärbehörden an, die Zurückziehung der Truppen gleichzeitig zu bewerkstelligen, und fügten hinzu, wir hielten es für wünschenswert, daß die Zurückziehung der Truppen in der Weise geschehe, die Waldersee so befehle, daß kein Mißverständnis plagiarschen könnte. Was die Einzelheiten betrifft, hoffe ich, daß das Haus aus dem von mir ihm mitgetheilten Schriftwechsel ersuchen wird, daß der Zwischenfall thatsächlich erledigt ist und in Wirklichkeit es sich um eine kleine Sache von rein kritischen Bedeutung handelte, die die Beziehungen zweier Länder nicht stören darf. (Telegramme.)

London, 22. März. Oberhaus. Lansdowne erklärt, die russische und englische Regierung seien übereingekommen, die Zurückziehung der Truppen vom streitigen Terrain bei Tientsin anzuordnen und alle das Eigentumsrecht betreffenden Fragen der Prüfung durch die beiden Regierungen vorzubehalten. Die

Zurückziehung der Truppen solle vom Grafen Waldersee überwacht werden.

Paris, 22. März. Der hiesige „New-York Herald“ meldet vom 20. d. M. aus Tientsin: General Woyak übergab den Oberbefehl über die russischen Truppen dem Generalstabchef des Admirals Alejew und begab sich mittelst Sonderzugs nach Peking. Zwischen französischen und englischen Soldaten kam es abermals wiederholt zu Streiigkeiten. Die Disziplin der französischen Soldaten, selbst gegenüber ihren eigenen Vorgesetzten, läßt viel zu wünschen übrig.

Peking, 22. März. In der Konferenz, an welcher Graf Waldersee teilnahm, beschloffen die Generale Barrow und Woyak die englischen und russischen Truppen heute früh um 5 Uhr von dem streitigen Gebiete bei Tientsin zurückzuziehen und die Arbeiten am Bahngelände einzustellen, bis die Regelung der Frage auf diplomatischem Wege erfolgt.

Peking, 23. März. Neutermeldung. Die beiderseitigen Schutzwachen wurden heute früh von dem streitigen Gebiete zurückgezogen.

Berlin, 21. März. Das Oberkommando meldet aus Peking: Auf Klagen der Bevölkerung wurde in einem Dorfe (7 km südlich von Tang und 48 km westlich von Paoatingfu) durch Rittmeister Prieß mit einem Zug Reiter eine Räuberbande aufgehoben. Bei bewaffnetem Widerstand wurden sieben Chinesen getödtet oder schwer verwundet. Der Rest wurde gefangen genommen und einem chinesischen Gericht zur Aburtheilung übergeben. Gestern marschirten drei Kompagnien, ein Zug Reiter und ein Zug Gebirgsartillerie unter Major v. Müllmann von Paoatingfu nach der Gegend östlich von Taomahuan, wo eine große Räuberbande die Bevölkerung in weiter Umgebung terrorisirte.

London, 22. März. Die „Times“ melden aus Peking vom 20. März: Die von den Russen beanspruchte Konzeption befindet sich auf der großen Ebene längs des Jaluß und hat eine Länge von 2 1/2 Meilen. Sie wurde nicht von der chinesischen Regierung bewilligt, sondern von Hsün-Tschang in seiner Eigenschaft als Vizekönig von Tschili. Es erregt Zweifelhaft, ob Hsün-Tschang berechtigt war, eine solche Konzeption zu erteilen. — Die von den Deutschen gebaute Kaserne für 300 Mann ist beinahe fertig. Die übrigen Mächte schickten sich an, dem Beispiele Deutschlands zu folgen.

Shanghai, 22. März. Die „North China Daily News“ wollen aus guter Quelle wissen, der Kaiserliche Hof wolle im April nach Sjangjang in der Provinz Jehol sich begeben, wo er bis zum März der Verbündeten aus Peking bleiben wolle. Der Befehl müsse, bemerkt das Blatt, als Protest gegen die Befestigung der Geländestücken angesehen werden.

Peking, 22. März. Die Gesandten legen die Beratungen fort. Es herrscht unter ihnen in allen Fragen völlige Uebereinstimmung, mit Ausnahme zweier Punkte, nämlich bezüglich der Ueberwachung der Verbindungslinie von Peking nach dem Meere und Schleifung der Festungen. Da dies rein militärische Fragen sind, werden die Generale hierüber Beschluß fassen und dies den Gesandten mittheilen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 23. März. Seine Majestät der Kaiser unternahm heute Mittag seine erste Ausfahrt und fuhr mit Ihrer Majestät der Kaiserin in geschlossenem Wagen zum Mausoleum in Charlottenburg, wo die Majestäten anlässlich des Geburtstages Kaisers Wilhelm des Großen einen Kranz niederlegten. Darauf kehrten die Majestäten nach dem Schlosse zurück, überall vom Publikum ehrfurchtsvoll begrüßt.

Berlin, 22. März. Das Präsidium des Reichstags wurde heute um 12 1/2 Uhr von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen und sprach die Gefühle der Entrüstung des Reichstags über den Anschlag in Bremen, sowie seine Glückwünsche zur Genesung aus. Der Kaiser, der sehr wohl ausah, nahm die Glückwünsche huldvoll entgegen und unterhielt sich längere Zeit mit den drei Präsidenten. Um 1 Uhr empfing der Kaiser das Präsidium des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. März. Die zur Emission gelangenden 300 Millionen 3proz. Deutscher Reichsanleihe sind von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium übernommen worden. Dem Konsortium gehören außer der Reichsbank u. a. an: Die königliche Seehandlung, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Gleichrichter, sowie andere hervorragende Banken in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Köln. Die Subskription wird anfangs April stattfinden.

Darmstadt, 23. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer gab der erste Präsident, Graf, eine Erklärung ab, worin er den gegen ihn aus Anlaß des in der Presse vielfach erwähnten parlamentarischen Abends gerichteten Angriff insbesondere die Behauptung, daß er die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion durch bestimmte Zusicherungen, insbesondere diejenige der

Unterlassung monarchischer oder höfischer Ovationen zur Theilnahme an der genannten Veranstaltung zu bewegen versucht habe, als unwahr zurückweist. Die Führer der einzelnen Fraktionen gaben Erklärungen ab worin sie die Richtigkeit der Angabe des Präsidenten bestätigten und demselben eine Vertrauensumgebung bereiteten.

Wien, 22. März. Das „Neue Wiener Tageblatt“ will wissen, die Einführung neuer Kanonen in Oesterreich-Ungarn sei beschlossen.

Paris, 21. März. Die Deputirtenkammer verhandelte heute zunächst über die nachgesuchte Ermächtigung zur Strafverfolgung Jaluzots wegen wucherischen Aufkaufs von Zucker. Die Kommission hatte sie mit sechs gegen fünf Stimmen bewilligt.

Ferrette bekämpft den Antrag der Kommission mit der Begründung, die parlamentarische Immunität dürfe nicht verletzt werden, sie sei eine Garantie für den einzelnen, wie für die Kammer. Außerdem habe der Bericht des Staatsanwalts nur von Anzeichen gesprochen, die auf betrügerische Nachenschaften schließen ließen. Der Redner tadelt, daß die Sache in der Kammer erörtert wurde, ehe eine Kommission eingesetzt war. Dies Wankver habe nur eine für Jaluzot mildernde Stimmung schaffen und der Sache einen politischen Anstrich geben sollen. Nach seinen Feststellungen könne von wucherischem Aufkauf keine Rede sein.

Der Abg. Bernard bepricht den Artikel der „Lanterne“ über den Justizminister Monis beschuldigt, Jaluzot insgeheim zu begünstigen. Die Aufhebung der Unverletzlichkeit Jaluzots wird mit 277 gegen 223 Stimmen beschlossen.

Die Beratung des Vereinsgesetzes wird fortgesetzt. De Mun bekämpft den Artikel 14 des Gesetzesentwurfs und erklärt, es werde unmöglich sein, die Unterrichtsfreiheit aufzuheben. Er verlangt, daß die Eltern das Recht haben sollen, ihre Kinder zu erziehen, wie es ihnen gefällt, und behauptet, daß nur die Kongreganten den Kindern eine moralische Erziehung geben könnten. Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Paris, 22. März. Der Kriegsminister hat die Altersgrenze für die Aufnahme in die Militärschule zu Saint-Ehr, die bisher 21 Jahre betrug, auf 20 herabgesetzt.

Marseille, 22. März. Die Gesamtzahl der Streikenden und der infolge der Schließung verschiedener Fabriken beschäftigungsloser Arbeiter beträgt gegenwärtig 18 000. Die Schiffahrtsgesellschaften haben das Anerbieten der Hafenarbeiter, die Verladungsarbeiten auf eigene Rechnung zu übernehmen, abgelehnt, da sie durch Verträge gegenüber den Unternehmern gebunden sind.

Marseille, 22. März. Die Angestellten der Straßenbahn sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Nur noch einige Wagen verkehren unter dem Schutze der Gendarmerie. Bei der Ausfahrt der Wagen kam es zu Thätlichkeiten.

London, 22. März. Ihre Majestät die Königin ist heute über Dover und Calais nach Kopenhagen abgereist.

Madrid, 22. März. Seine Majestät der König von Portugal erklärte einer Abordnung der Bevölkerung Oporto, er werde fortfahren, die Gesetze betreffend die Religionsgesellschaften auch weiterhin in Anwendung zu bringen.

Gibraltar, 22. März. Der Dampfer „Dohir“ mit dem englischen Thronfolgerpaar an Bord ist heute nach Malta weitergereist.

Yokohama, 21. März. Neutermeldung. Das Oberhaus lehnte einen Teil des Budgets ab. Beide Häuser haben sich vertagt. Die Krise in Korea ist beendet. Ein Beamter wurde enthauptet.

Wetterberichte.

Berlin, 22. März. (Telegr.) Laut Polizeibericht wurden gestern von der Berliner Straßenbahn zwei Personen getödtet und durch Ueberfahren beziehungsweise Zusammenstoß fünf Personen verletzt.

Breslau, 22. März. (Telegr.) Schneewetter hat in Schlesien erhebliche Verkehrsstörungen hervorgerufen.

Hirnbürg, 22. März. (Telegr.) Wie der „Frank. Courier“ meldet, ist die Eisenbahnverbindung Hof-Leipzig auf der Strecke Plauen—Reichenbach durch Schneemassen gesperrt. Auch die Strecke Hof—Marzgrün—Steden ist ebenfalls verweht.

London, 22. März. (Telegr.) Nach einer amtlichen Depesche sind in verschiedenen Theilen Westaustraliens zehn Pestfälle unter den Weisen sowie zwei Todesfälle vorgekommen.

New-York, 21. März. (Telegr.) In einem Tunnel der Untergrundbahn erfolgte eine Explosion. 30 Personen wurden schwer verletzt.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 22. März 1901.

Die Depression, welche gestern bei Wien gelegen war, ist nach der Balkanhalbinsel weiter gezogen, doch verurtheilt sie noch bis Süd- und Ostdeutschland herein Schneefälle, die stellenweise sehr ergiebig sind. Hoher Druck bedeckt noch Nordwesteuropa; die dadurch bedingten nördlichen Winde haben noch weiter abgeköhlt, so daß die Morgentemperaturen in fast ganz Deutschland unter dem Gefrierpunkt lagen. Das rasche Steigen des Barometers läßt erkennen, daß sich die Depression weiter entfernt, die Schneefälle werden deshalb wahrscheinlich aufhören, das Wetter wird aber vorerst noch rau und unbeständig bleiben.

Wetterverhältnisse der Central-Stationen.

	Barom.	Therm.	W. L.	Wind	Wolken	Wetter
	mm	in C.	in mm	in Grad.	in Grad.	
21. Nachts 9 ^u	746.1	0.8	4.1	85	RG	heiter
22. Morgs. 7 ^u	750.2	-1.2	3.5	84	"	bedeckt ¹⁾
22. Mittags. 2 ^u	752.9	0.8	4.0	82	"	" ²⁾

¹⁾ Reif. ²⁾ Schnee.
Höchste Temperatur am 21. März: 2.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.6.
Niederschlagsmenge des 21. März: 0.5 mm.

Wasserstand des Rheins. Magon, 22. März: 3.88 m, gestiegen 28 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Sachhausen.

Henneberg-Seide

— nur acht, wenn direkt von mir bezogen — schwarz, weiß u. farbig v. 95 Pf. bis Mk. 18.65 p. Met. — glatt, gestreift, kariert, gemustert, Damaste u.

Seiden-Damaste v. Mk. 1.35—18.65 Ball-Seide v. 75 Pf.—18.65
Seiden-Bastkleider p. Robe „ 13.80—68.50 Braut-Seide „ Mk. 1.35—11.65
Seiden-Foulards bedruckt „ 95 Pf.—5.85 Blousen-Seide „ „ 1.10—9.80

p. Met. porto- u. freier ins Haus. — Muster umgehend. — Doppeltes Briefporto nach d. Schweiz.

G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich, (K. & K. Hoflieferant).

Probekblätter gratis.



Infektionspreis die Zeile 20 Pfennig.

Der in Oberndorf am Neckar wöchentlich siebenmal mit täglichem Unterhaltungs-Blatt und monatlich Gemeinnützigen Blättern in einer zuletzt notariell beglaubigten Auflage von 30,400 Exemplaren erscheinende, von allen Blättern am weitesten und dichtesten in Württemberg, Baden und Hohenzollern verbreitete

„Schwarzwälder Bote“

der täglich an rund 2200 Postanstalten versandt wird, ist das billigste und erfolgreichste Publikations-Organ und kostet durch die Post frei ins Haus geliefert im ganzen Deutschen Reich außer Württemberg 2 Mark 10 Pfg. Alle Postämter und Postboten nehmen Bestellungen an.

Die Tilgung des 4%igen Badischen Eisenbahnprämienanlehens von 1867 betreffend.

Die Ziehung derjenigen 50 Serien, welche die in der 34. Prämienziehung obigen Anlehens mittheilenden 2500 Stück Schuldverschreibungen bezeichnen, wird Montag den 1. April d. J., Vormittags 10 Uhr, in diesseitigem Geschäftszimmer Nr. 15 öffentlich vorgenommen werden. Karlsruhe, den 21. März 1901. Großh. Eisenbahnschuldentilgungskasse. Giller.

Grossh. Technische Hochschule Karlsruhe.

(Allgemeine Abtheilung, Abtheilungen für Architektur, Chemie, Elektrotechnik, Forstwesen, Ingenieurwesen, Maschinenwesen). Das Sommersemester 1901 beginnt am 15. April. Von diesem Tage an werden die persönlichen Anmeldungen entgegengenommen und finden die Einschreibungen statt. Der Rektor. Lehmann.

Strassburger Straßenbahn-Gesellschaft.

Vom 1. April d. J. ab wird die Haltestelle Bonau unter dem Namen Bonau-Ling für den Güterverkehr, vorläufig unter Beschränkung auf Wagenladungen eröffnet. Strassburg, den 20. März 1901. Strassburger Straßenbahn-Gesellschaft. Gähner.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.

Realklassen: Sexta bis Secunda (mit Gymnasialabtheilung). Unterricht in kleinen Klassen, eingehende Berücksichtigung schwächerer Schüler, Anfertigung der häuslichen Arbeiten in der Schule, brachten seit Bestehen der Anstalt günstige Erfolge. Sämmtliche aus Klasse II in 8 Cursen abgegangene Schüler bestanden die Einj.-Freiw.-Prüfung. Andere erreichten ohne Schwierigkeit den Uebergang in mittlere und obere Gymnasial- und Realklassen. Kleines Familienpensionat. Dr. Volz.

Deutscher Phönix

Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. 62. (56. ordentliche) Generalversammlung.

Die Aktionäre des Deutschen Phönix Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. werden hiermit zu der Dienstag den 23. April 1901, Mittags 12 Uhr, im Geschäftslokale der Gesellschaft, kleiner Hirschgraben Nr. 14 in Frankfurt a. M. stattfindenden 62. (56. ordentlichen) Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht der Direktion, Prüfungsbericht des Aufsichtsrathes, Bericht der Revisoren unter Vorlage der Jahresrechnung und der Bilanz; Beschlussfassung über die Bilanz und die Gewinnvertheilung, sowie über die Entlastung des Aufsichtsrathes und der Direktion.
2. Wahlen für den Aufsichtsrath (§§ 22, 30, d. St.).
3. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren (§ 30 d. St.).
Die Aktionäre wollen sich behufs Theilnahme bis spätestens den 20. April 1. J. unter Angabe der auf ihren Namen in dem Aktienregister eingetragenen Aktien auf dem Bureau der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auch auf Wunsch von Aktionären durch Vermittelung der Sektion Karlsruhe geschehen. Frankfurt a. M., den 20. März 1901.

Die Direktion: Hugo Kettner. Max Schwemer.

Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft.

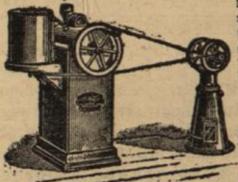
46. (43. ordentliche) Generalversammlung.

Die Aktionäre der Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M. werden hiermit zu der Dienstag den 23. April 1901, Vormittags 11 Uhr, im Geschäftslokale der Gesellschaft, kleiner Hirschgraben Nr. 14 in Frankfurt a. M. stattfindenden 46. (43. ordentlichen) Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht der Direktion, Prüfungsbericht des Aufsichtsrathes, Bericht der Revisoren unter Vorlage der Jahresrechnung und der Bilanz; Beschlussfassung über die Bilanz und die Gewinnvertheilung, sowie über die Entlastung des Aufsichtsrathes und der Direktion.
2. Wahlen für den Aufsichtsrath (§§ 22, 30, d. St.).
3. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren (§ 30 d. St.).
Die Aktionäre wollen sich behufs Theilnahme bis spätestens den 20. April 1. J. unter Angabe der auf ihren Namen in dem Aktienregister eingetragenen Aktien auf dem Bureau der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auch auf Wunsch von Aktionären durch Vermittelung der Sektion des „Deutschen Phönix“ geschehen. Frankfurt a. M., den 19. März 1901.

Die Direktion: Max Schwemer. Hugo Kettner.

Neu! Aërogengas. Neu!



Beste und billigste Beleuchtung für Restaurationen, Tanz- und Gartenlokale, Pilsen, Bahnhöfe und Ortschaften, sowie Kirchen und Feiern derselben. Das Gas gibt, mit Glühlampen, gleiche Lichtstärke wie Steinölglanz. Dasselbe wird ganz gefahrlos und einfach durch die von Preisstand's Aërogengas-Apparate hergestellt. Explosionsgefahr ausgeschlossen. Beschreibung und Preisliste erfordere man durch den Generalvertreter für das Großherzogthum Baden, Pfalz, Regierungsbezirk Elber 2c. und Kreis Eberbach, Saargemünd Julius Köhl, Saarbrücken.

I. Baden-Badener Hamilton Geldlotterie

Loose à 1 Mk. Porto und Liste 11 „ à 10 „ 25 Pf. extra
Ziehung sicher 19.—20. April
2288 Geldgewinne zahlbar ohne Abzug im Betrag v. Mk. 42 000
1 Gew. — Mk. 20 000
1 Gew. — Mk. 5 000
2 Gew. — „ 2 000
4 Gew. — „ 2 000
20 Gew. — „ 2 000
100 „ — „ 2 000
200 „ — „ 2 000
500 „ — „ 2 300
1400 „ — „ 4 200
E. Wegmann, Chr. Winkler, Seb. Münch
empfehlen J. Stürmer, General-Debit, Strassburg i. E. Wiederverkäufer werden gesucht

Holzversteigerung.

Das Großh. Forstamt Suckersfeld in Pforzheim versteigert mit Borgfristbewilligung aus Domänenwaldbezirk III, Suckersfeld und Reichenbacher Nagoldthalbe Abth. 24, 27, 28 u. 34 Rehmese, Unterer Breitenwald, Reindörren und Densbacher Bau, am Dienstag, den 26. März 1901, Vormittags 9 Uhr, auf dem Rathhause in Suckersfeld: 770 tannene und sichte Rehmestangen, 530 Rehmestangen, 245 Hopfenstangen I. Kl., 25 Hopfenst. II. Kl., 180 Hopfenst. III. Kl., 365 Hopfenst. IV. Kl., 1325 Rehmest. I. Kl., u. 5125 Bohnenst. Nadel-Nagoldholzzellen: 38 Ster 2 m lang u. 80 Ster 1 m lang, 103 Ster Nadelst. Holz, und 682 Ster Nadelst. Holz, 600 Nadelst. Holz. Nähere Auskunft und Auszüge bei Forstwart von Au in Suckersfeld, die Stangen in Abt. III. 34 werden durch Forstwart Baier in Sockerswald vorgezeigt. 3.68.

Reitpferd gesucht

für mittleres Gewicht, vollkommen geritten, durchaus scheufrei und straffenfronnt. Offerten unter H. N. 25 hauptpostlagernd Karlsruhe.

Versteigerung.

Am 30. März ds. J., Morgens 10 Uhr versteigern wir in unserm Hofe — Eingang Merianstraße — gegen Baarzahlung folgende Gegenstände: Verschiedene Bestandtheile zu Transmissionsanlagen, einen vollständigen Aufzug für Dampf- und Handbetrieb, eine große Walzmühle, 1 eiserne Walztafel, 6 verschiedene Walzschnecken, 1 Ventilator für eine größere Anlage, verschiedene Dampfrohre und eine Partie altes Eisen und Bauholz. Freiburg, den 20. März 1901. Verwaltung des k. k. Hospitals. Eitel. 398.1

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen 55626 Ludwig Oehl Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

Flügel und Pianinos Steinway & Sons

empfehlen der Alleinverreter Ludwig Schweisgut, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4. Schreibgehilfenstelle. Bei unterzeichneter Stelle ist auf 1. April d. J. eine Schreibgehilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 600 Mk. zu besetzen. Kandidaten bevorzugt. Großh. Notariat Freiburg IV. Wiser. 367

Bürgerliche Rechtskreite.

374. Nr. 10,766. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des Steinbrüders Gustav August Lehmann, zuletzt hier, lebt an unbekanntem Orte abwesend, wurde heute am 20. März 1901, Mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Friedrich Krtmann badert ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1901 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Montag den 16. April 1901, Vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag den 6. Mai 1901, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Akademiestraße 2, II. Stock, Zimmer Nr. 14, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufgelegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1901 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 20. März 1901. Hofmann, Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts. 5764.1. Freiburg.

Liegenschafts-

Versteigerung.

Infolge richterlicher Verfügung wird am Dienstag, den 26. März 1901, Vormittags 11 Uhr, in dem Erdgeschoss des Heiliggeistspitals hier (Versteigerungslokal) die nachbeschriebene Liegenschaft des Kontraktors Arnold Füllg in Freiburg öffentlich zu Eigentum versteigert. Der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwert erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingungen beim unterzeichneten Notariate eingesehen werden. Lagerbuchnummer 1630. Haus Nr. 33 am Karlsplatz in Freiburg, bestehend in einem dreistöckigen Wohnhaus nebst Zugehör, dazu 174 qm Hausplatz, Hofraum und Gartenplatz, angrenzend nördlich an die Ludwigsstraße, südlich an Marie Köppling, westlich an August Niede, östlich an den Karlsplatz, geschätzt zu 40 000 M. Freiburg, den 18. Februar 1901. Großh. Notariat II. Gaertner.

374.2. Nr. 2077. Eberbach. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die Lieferung und Aufstellung des Eisenwerks für das II. Gleis der Seebachbrücke bei Station Seebach an der badischen Odenwaldbahn mit 44 100 kg Flußst. Eisen, 2 820 „ Gußeisen und 380 „ Flußst. Eisen, Gesamttgewicht 47 300 kg, soll vergeben werden. Bedingungsheft, Pläne und Gewichtsberechnungen können auf dem diesseitigen Geschäftszimmer eingesehen oder zur Einsichtnahme erhoben werden. Angebote für 100 kg Eisenkonstruktion wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Dienstag den 2. April 1. J., Vormittags 11 Uhr, eingereicht werden. Zuschlagfrist 14 Tage. Eberbach (Baden), 18. März 1901. Der Großh. Bahnbauminister.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

374.2. Nr. 2078. Eberbach. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die Lieferung des Eisenwerks für das II. Gleis der Regunterführung km 17,117 der Neckarthalbahn mit 3 128 kg Flußst. Eisen und 180 „ Gußeisen zusammen 3 300 kg, frachtfrei Bahnhof Eberbach soll vergeben werden. Bedingungsheft, Pläne und Gewichtsberechnungen können auf dem diesseitigen Geschäftszimmer eingesehen oder zur Einsichtnahme erhoben werden. Angebote für 100 kg Eisenkonstruktion wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Dienstag den 2. April 1. J., Vormittags 11 Uhr, eingereicht werden. Zuschlagfrist 14 Tage. Eberbach (Baden), 18. März 1901. Der Großh. Bahnbauminister.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

372. Karlsruhe. Mit Gültigkeit vom 1. d. Mts. wird für den Verkehr zwischen Reßl und den in den badiisch-bayerischen Gütertarif einbezogenen bayerischen Stationen ein Ausnahmestarif für gewisse Düngemittel eingeführt. Der Frachttariff werden die Frachtsätze des Rohstofftariffs zu Grunde gelegt. Nähere Auskunft ertheilt unser Gütertariffbureau und die Großh. Güterverwaltung Reßl Karlsruhe, den 20. März 1901. Generaldirektion.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Mit Gültigkeit vom 1. April 1901 gelangt zum Heft 4, gültig vom 1. Oktober 1899, Verkehr zwischen der Badischen Staatsbahn und der Königl. Eisenbahndirektion St. Johann (Saarbrücken) des südwestdeutschen Tarifs für die Beförderung von lebenden Tieren der Nachtrag I zur Ausgabe. Derselbe enthält außer einer Ergänzung des Stationstarifs mit Mannheim und Verichtigungen Entfernungen für eine Anzahl neu aufgenommenen Stationen der Königl. Eisenbahndirektion St. Johann-Saarbrücken sowie für die Stationen Schopfheim und Zell i. Wiesental der Großh. Badischen Staatsbahnen. Der Nachtrag kann zum Preis von 1. — für das Stück durch Vermittelung unserer Stationen und von unserem Gütertariff-Bureau bezogen werden. Karlsruhe, den 19. März 1901. Namens der Verbandsverwaltungen: Großh. Generaldirektion. Der Badischen Staatsbahnen.